

TIM JACKSON
**WOHL-
STAND
OHNE
WACHSTUM**

Grundlagen
für eine
zukunfts-
fähige
Wirtschaft



Das
Update

Herausgegeben von der
Heinrich-Böll-Stiftung

 oekom

Tim Jackson

Wohlstand ohne Wachstum – das Update

Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft

ISBN 978-3-86581-840-9

368 Seiten, 13 x 20,5 cm, 19,95 Euro

oekom verlag, München 2017

© oekom verlag 2017

www.oekom.de

Geleitwort zur Neuauflage

»Ökonomen sind Geschichtenerzähler und Gedichteschreiber.«

D. McCloskey¹

Am Abend des 27. März 2009 – es war ein Freitag – wehte ein kalter Wind und es nieselte leicht, als ich von der Arbeit nach Hause ging. Es war eine lange Woche gewesen, und als mein Telefon klingelte, fühlte ich mich so müde, dass ich schon überlegte, ob ich überhaupt drangehen sollte. Ich wusste aber, dass mich ein paar Journalisten noch zu erreichen versuchten, um mit mir über meinen Bericht für die britische Regierungskommission für Sustainable Development (SDC) zu sprechen. Dieser Bericht sollte am Montag darauf veröffentlicht werden.²

Wohlstand ohne Wachstum? (zum Fragezeichen komme ich gleich) entstand aus einer über einen langen Zeitraum hinweg durchgeführten Untersuchung zum Verhältnis von Wohlstand und Nachhaltigkeit, die ich für den SDC leitete. Im Zentrum der Untersuchung stand eine ganz einfache Frage: Was kann Wohlstand in einer Welt der ökologischen und sozialen Grenzen bedeuten?

In der konventionellen Sichtweise geht man davon aus, dass wirtschaftliche Expansion zu steigendem Wohlstand führt. Höhere Einkommen bedeuten mehr Lebensqualität. Diese Gleichung klingt vertraut und selbstverständlich. Gleichzeitig ist aber auch klar, dass der materiellen Expansion auf einem endlichen Planeten zwangsläufig irgendwo Grenzen gesetzt sind. Eine wachsende Bevölkerung mit unersättlichen materiellen Ansprüchen ist schwer vereinbar mit der endlichen Natur unserer Heimat Erde.

Angesichts dieser Grenzen bleiben uns nur zwei Möglichkeiten. Wir müssen entweder Schritt für Schritt den materiellen Gehalt aus dem Prozess der wirtschaftlichen Ausdehnung hinauszwingen, so dass wir unsere Volkswirtschaften weiter am Wachsen halten kön-

nen, ohne den Planeten zu ruinieren, oder wir müssen lernen, wie man zu Wohlstand findet, ohne dabei auf wirtschaftliches Wachstum zu bauen.³

Keiner der beiden Wege ist leicht. Und auch die Wahl zwischen beiden ist nicht einfach. Kontrafaktische Annahmen verschleiern die einfache Logik. Physik, Ökonomie, Politik, Soziologie und Psychologie – alle erheben Anspruch, sich an der Argumentation zu beteiligen. Damit das alles trotzdem einen Sinn ergibt, braucht man die Bereitschaft, überlieferte Weisheiten zu hinterfragen, und den festen Vorsatz, gewohnte Axiome zu meiden. Zudem muss man auch bis zu einem gewissen Grad für die Möglichkeit politischen und gesellschaftlichen Wandels offen sein.

Als ich an jenem Abend nach Hause ging, war mir bewusst, dass aus unserer Arbeit eine ziemlich komplexe Geschichte hervorgegangen war. Und kontrovers war sie auch. Mehr als 60 Jahre lang hatte die Nachkriegspolitik steif und fest behauptet, dass es auf die Größe der Wirtschaft ankommt; dass Mehr immer besser ist. Nun ist die Feststellung, Qualität sei manchmal besser als Quantität, nicht gerade revolutionär. Aber die Vermittlung einer solchen Botschaft war auf jeden Fall eine heikle Aufgabe, selbst zum günstigsten Zeitpunkt. Und günstig war der Zeitpunkt gerade wirklich nicht.

Die Woche der Veröffentlichung fiel mit dem G20-Gipfel zusammen – dem zweiten, der je abgehalten wurde; Gastgeber war die britische Regierung in London. In den Nachwehen der schlimmsten Finanzkrise der jüngeren Geschichte war das informelle Ziel des Gipfels, die Wirtschaft wieder zu beleben. Eine Presseverlautbarung, die in aller Höflichkeit das Wachstum in Frage stellte, war vielleicht nicht die beste Methode für eine Regierungskommission, in den oberen Rängen Freunde zu finden.

Wie heikel das alles war, war uns durchaus bewusst. Von dem Augenblick an, als wir ankündigten, eine Untersuchung zum Verhältnis von Wachstum und Nachhaltigkeit durchzuführen, regnete es skeptische Kommentare auf die Kommission. Ich erinnere mich an eine öffentliche Versammlung, in der ein offizieller Vertreter des Finanz-

ministeriums, als er von dem Vorhaben erfuhr, aufstand und uns vorwarf, wir wollten »wieder zurück und in Höhlen leben«.

Angesichts der schwierigen Situation hatte sich bereits die Titelfindung als kompliziert erwiesen. Meine Kolleginnen und Kollegen in der Kommission waren allesamt hochoberfahren, unabhängig denkende Menschen, die keinerlei Problem damit hatten, ihre Ansicht zu vertreten, wenn strittige Themen auf dem Tisch lagen. Da wir alle hinter der Argumentationslinie des Berichts standen, hatte sich, gemessen an unseren sonstigen Beratungen, eine noch nie dagewesene Solidarität entwickelt. Was den Titel betrifft, gab es aber doch Unbehagen unterschiedlichen Grades.

Ohne das Fragezeichen (mein ursprünglicher Vorschlag) kündigte *Wohlstand ohne Wachstum* ein Manifest für den Wandel an. Im damaligen Klima von Angst und Besorgnis war das aber schon fast ein Spiel mit dem Feuer. Verschiedene Alternativen wurden vorgeschlagen. Ob wir das Wort »Wachstum« irgendwie modifizieren könnten? Wäre »jenseits« vielleicht besser als »ohne«? Könnten wir vielleicht auch mit einem ganz anderen Titel leben – insgesamt weniger provozierend? Keiner dieser Vorschläge war wirklich zufriedenstellend.

Das Fragezeichen stellte einen Kompromiss dar. Es hatte den Vorteil, den Ton etwas zu mildern, ohne die Wucht der Arbeitsergebnisse ganz auszublenden. In dieser Form war der Titel eine Einladung zu einer wichtigen Debatte, vielleicht der wichtigsten Debatte unserer Zeit, ohne jedoch den Ausgang schon vorwegzunehmen: Kann eine Gesellschaft gedeihen, ohne dass die Wirtschaft unentwegt wächst? Schließlich akzeptierten unsere Sponsoren im Ministerium den Kompromiss, unter der Bedingung, dass wir ihn probeweise einem der Berater des Ministers vorlegten.

Es klingt vielleicht merkwürdig, dass eine unabhängige Kommission einen derartigen Aufwand treiben muss, um die Ängste ihrer Geldgeber zu beruhigen. Das ist aber Realpolitik. Wer vollkommene Unabhängigkeit will, muss auf dem freien Markt publizieren. Will man Einfluss haben, muss man gelegentlich auf seine Geldgeber Rücksicht nehmen. Deshalb braucht man noch lange nicht immer

nur das zu sagen, was die Minister hören wollen. Will man aber seine Rolle als Berater behalten, sollte man vor den Stieren in der politischen Arena lieber doch nicht allzu viele rote Tücher schwenken.

Unsere Position als »kritischer Freund« der britischen Regierung beruhte auf einer fragilen Vertrauensbasis zwischen Berater und Auftraggeber. Beim Abfassen des Berichts hatten wir unsere Ergebnisse den betroffenen Regierungsabteilungen in jeder Phase vorgestellt und die Tragweite diskutiert. In diesem letzten Stadium des Verfahrens gaben wir dem Büro des Premierministers nun praktisch die Möglichkeit, gegen den Titel ein Veto einzulegen.

Die Antwort, die zurückkam, war beruhigend. »Meiner Meinung nach spielt es keine Rolle, was für einen Titel Sie dem Bericht geben«, sagte der Referent. »Gut«, dachten wir. Im festen Vertrauen, dass wir alle notwendigen Schritte eingehalten hatten, setzten wir unsere Pressemitteilungen auf, entwarfen eine PR-Strategie, informierten Journalisten; dabei versuchten wir die Feinheiten der Debatte so gut wie möglich zu vermitteln, ohne die Geduld der Medien überzustrapazieren. Auch dies gehört zur Maschinerie der politischen Beratung.

In dem Augenblick, als an jenem feuchtkalten Märzabend das Telefon klingelte, lag das alles schon mehr oder weniger hinter mir. Und abgesehen von der Bearbeitung der einen oder anderen Presseanfrage sah ich ein ruhiges Wochenende vor mir, einen Hort relativer Stille, bevor es dann am Montag früh losgehen würde mit einem Interview für *BBC Today*. Ich entschied mich, den Anruf anzunehmen.

»Downing Street ist total ausgerastet«, bellte eine Stimme am anderen Ende der Leitung. Die Stimme klang feindselig. Das war eindeutig nicht der Journalist, mit dem ich gerechnet hatte, und auch nicht die erwartete Mitteilung. Ich erkannte den Anrufer aber sofort. Es war genau der Mann, der bis dahin unser engster Verbündeter in der Regierung gewesen war, ein wichtiger Geldgeber des SDC und begeisterter Unterstützer unserer Arbeit. Innerhalb von Sekunden war klar, dass nichts mehr wie vorher war.

Die täuschend einfache Antwort des Referenten aus der Downing Street Nummer 10 (dem britischen Regierungssitz) war genau das

gewesen: eine Täuschung. Wie sich herausstellte, saß der betreffende Referent gerade in einem Flugzeug nach China, als *Prosperity without Growth?* (mit dem versöhnlichen Fragezeichen) unangekündigt auf dem Schreibtisch des Premierministers landete. Wenige Tage später würden die G20-Führer in London zusammenkommen, um »das Wachstum wieder anzukurbeln«. »Was habt ihr euch bloß dabei gedacht?« brüllte unser ehemaliger Verbündeter.

Im Rückblick betrachtet war das eine gute Frage. Waren wir so naiv gewesen, zu glauben, man könne ungestraft derart fundamentale Fragen stellen? Vielleicht. Hatten wir die Doppeldeutigkeit in dem aus der Downing Street erhaltenen Rat übersehen? Offensichtlich. Hatten wir überstürzt gehandelt, als wir ein derart sensibles Veröffentlichungsdatum wählten? Möglicherweise. Es war natürlich schon ziemlich gewagt, einen Bericht mit einem solchen Titel genau in der Woche des G20-Treffens herauszugeben. Was hat es aber für einen Sinn, wenn man eine starke politische Botschaft hat und sich nicht traut, sie den Menschen zu überbringen, für die sie gedacht ist?

War es ein Fehler, das Wort Wachstum überhaupt zu verwenden, im Kontext des Finanzchaos, mit dem die G20-Führer zu kämpfen hatten? Ganz sicher nicht. In dem Augenblick, in dem es nicht mehr erlaubt ist, die grundlegenden Voraussetzungen eines Wirtschaftssystems zu hinterfragen, das ganz offensichtlich nicht funktioniert, ist der Moment erreicht, wo die politische Freiheit endet und die kulturelle Unterdrückung beginnt. Es ist auch der Moment, in dem die Chancen für Veränderung signifikant, vielleicht sogar endgültig, beschnitten werden.

Downing Street war eindeutig anderer Ansicht. Und zu dieser späten Stunde konnte ich wenig tun, um unseren durchgedrehten ehemaligen Verbündeten zu beruhigen. Die Pressesperre galt bis Montag früh. Aber der Bericht war längst draußen. Selbst wenn wir gewollt hätten, gab es jetzt kein Zurück mehr. Ich äußerte eine höfliche Entschuldigung und ging nach Hause. Später sprach ich noch mit einem Journalisten. Wir unterhielten uns lange und mit unerwarteter Begeisterung; das Gespräch endete mit dem Versprechen einer Titelgeschichte über den Bericht im Großformat.

Am Montag, dem 30. März, stand ich morgens um halb sechs auf und war kurz darauf auf dem Weg zu den BBC-Studios in der Universität von Surrey, um das Interview für das *Today*-Programm zu machen. Während mir das Wort »ausrasten« immer noch durch den Kopf ging, versuchte ich, mir in etwa vorzustellen, was das für ein Sturm der Entrüstung sein würde, der nun losbrach.

Und wieder wurden meine Überlegungen durch einen Telefonanruf unterbrochen. Keine wütenden Stimmen diesmal, nur eine schlichte Nachricht. Das Interview war abgesagt. Der Sendeleiter entschuldigte sich. Es war eine wichtige Geschichte dazwischengekommen, die den Wahlkreis von Kirkcaldy und Cowdenbeath in Schottland betraf, den Wahlkreis des Premierministers. Nun musste eben diese Geschichte ins Programm.

Verwundert, aber nicht übermäßig besorgt ging ich in mein Büro auf dem Campus, wo ich die Morgennachrichten durchging. Übers Wochenende hatte die Regierung angekündigt, dass die Dunfermline Building Society zerschlagen und verkauft werden sollte. Trotz des Widerstands des Dunfermline-Aufsichtsrates, der sich als Opfer von Zweckmäßigkeitserwägungen sah, war im Rahmen der Bestimmungen eines neuen Bankgesetzes eine Vereinbarung durchgepeitscht worden, mit dem erklärten Ziel, helfend auf die Finanzkrise zu reagieren. Die *Bank of England* würde die risikobehafteten Vermögenswerte übernehmen und was übrigblieb sollte eine andere Bank aufkaufen. Verluste an Arbeitsplätzen waren wohl unvermeidlich. Davon lagen manche (wie sich dreieinhalb Jahre später herausstellte) tatsächlich in Cowdenbeath, dem Wahlkreis des Premierministers. Das also war die Geschichte, die uns die Schau gestohlen hatte.⁴

Im Lauf der Woche entwickelte sich das, was als frustrierender Rückschlag begonnen hatte, zunächst verwirrend und dann nachgerade bizarr. Es gab keine begeisterte Titelgeschichte im Großformat. Das *Today*-Programm kam nicht mehr auf unser Thema zurück. Auch von anderen Radio- oder Fernsehsendern kam nichts. Es gab überhaupt nirgendwo eine Berichterstattung. Eine verdeckte Erwähnung in einem Artikel über den Grünen Stimulus war alles, was

Prosperity without Growth? bis Anfang April 2009 in den nationalen Medien an Wirkung hinterlassen hatte.

Sieben Jahre später sitze ich hier Ende Mai in der warmen Nachmittagssonne und denke darüber nach, was das doch für eine außergewöhnliche Reise bis heute war. Rückblicke sind immer heilsam. Ich erinnere mich an den ersten Satz des titelgebenden Erzählers in dem Film *Der Mittler* (*The Go Between*): »Die Vergangenheit ist ein anderes Land«, sagt er. »Dort macht man alles anders.«

Ohne das Internet, denke ich, hätte diese Reise vielleicht nie angefangen. Zwischen einer Regierung, die nicht wollte, und den Medien, die nichts begriffen, schien das Schicksal von *Prosperity without Growth?* besiegelt: Es würde im Nichts verschwinden. Irgendwann aber, nach dem unheimlichen Schweigen, das auf den »Launch« folgte, fing die Leute an, den Bericht von der SDC-Website herunterzuladen.

Innerhalb kurzer Zeit war er so oft heruntergeladen worden wie kein anderer Bericht in der Geschichte der Kommission. Allmählich tröpfelten Einladungen zu Diskussionen und Arbeitsberichten herein. Bedauerlicherweise nicht von unseren Geldgebern bei der Regierung. Zunächst auch nicht von den zu erwartenden Sympathisanten. Das Interesse kam stattdessen von einer kuriosen Mischung eher ungewöhnlicher Verdächtiger. Anti-Armuts-Aktivisten, Vermögensverwalter, Glaubensgemeinschaften, Verbraucherorganisationen, Theatermanager, Ingenieure, Erzbischöfe, Diplomaten, Museen, Literaturgesellschaften und auch das eine oder andere Mitglied der königlichen Familie. Aus dem Tröpfeln wurde sehr bald eine Flut – eine Flut, die bis heute noch nicht wirklich nachgelassen hat.

Sechs Monate nach seinem Fehlstart wurde eine überarbeitete Version des SDC-Berichts bei Earthscan veröffentlicht, einem kleinen unabhängigen Verlag mit langjährigem Engagement für Literatur aus dem Bereich Ökologie. Jonathan Sinclair Wilson, der Geschäftsleiter von Earthscan, hatte den SDC-Bericht kurz nach seinem

Erscheinen gelesen und sah viel früher als ich, dass darin das Potenzial für ein Buch steckte.

Sein Vertrauen wurde belohnt. Innerhalb der ersten paar Wochen nach Erscheinen war die erste Auflage vergriffen und es wurde bereits über die erste von später dann 17 Übersetzungen in andere Sprachen verhandelt. Anfang 2010 war *Prosperity without Growth* nicht länger ein umstrittener Regierungsbericht, der von der Ungnade seiner Geldgeber getroffen dahindümpelte, sondern ein unerwartet populäres Buch mit einer überraschend aufgeschlossenen Leserschaft.

Eine der größten Überraschungen war das internationale Echo auf das Buch. Im Ausland war es vielleicht noch populärer als zu Hause. In Frankreich und Belgien brachte es sich in die lebhafteste Debatte rund um die Veröffentlichung von Arbeiten der Sarkozy-Kommission zur Messung sozialen Fortschritts ein. In Deutschland leistete es einen Beitrag zur Einsetzung einer offiziellen Enquetekommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität«. Im Jahre 2011 legte die Bundeszentrale für Politische Bildung das Buch neu auf und machte es zu Bildungszwecken frei verfügbar.⁵

Das Interesse war auch nicht auf die fortgeschrittenen Volkswirtschaften beschränkt. Zu den 17 fremdsprachigen Übersetzungen zählten auch Ausgaben in Chinesisch, Koreanisch, Litauisch und brasilianischem Portugiesisch.

Ein junger Ökonom aus Indonesien lud mich zu einem Gespräch mit einer Gruppe von Regierungswirtschaftlern ein, die an der Entwicklung eines »hundertjährigen« Planes für die Provinz Papua beteiligt waren. Ich hatte meine Bedenken, in einem Land mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 3.500 Dollar wirtschaftliches Wachstum in Frage zu stellen, und sagte ihm das auch.

Der Gedanke, zu einer Diskussion um einen hundertjährigen Plan beizutragen, war aber irgendwie doch zu verlockend. Also verbrachte ich einen halben Tag mit der Gruppe in einer Skype-Konver-

sation. Ihre Prämissen waren einfach: Wir haben reiche natürliche Ressourcen, eine enorme Entwicklungsaufgabe und den Wunsch, unsere eigene Vorstellung von Wohlstand zu schaffen und nicht einfach den zerbrochenen Traum des Westens auszuleihen. Wie können wir das hinbekommen?

Im November 2013, bei einer UN-Konferenz in New York, hielt ich vor einem internationalen Publikum eine zwanzigminütige Grundsatzzrede über das »Wachstumsdilemma«. Die Debatte dauerte vier Stunden. Anschließend an meine »Provokation« wandte sich der Moderator an eine Ministerin aus Ecuador. »Ist die Wachstumsdebatte nur eine Luxusangelegenheit der Länder, die bereits Wachstum hinter sich haben?«, wollte er wissen. Die Antwort war ein entschiedenes Nein. »Wenn Wachstum bedeutet, einen Zustand in der Gesellschaft zu erreichen, in dem Eigensucht und Konsum die Grundlage sind, dann wollen wir nicht wachsen«, antwortete meine Mitdiskutantin auf dem Podium. »Das Modell, das wir vorschlagen, basiert nicht auf Konsum, sondern auf Solidarität, auf nachhaltiger Entwicklung, auf einem Wandel des Wachstumsparadigmas«, erklärte sie.⁶

Das ecuadorianische Konzept des *buen vivir* hat derart auffallende Übereinstimmungen mit dem Wohlstandskonzept im ursprünglichen Bericht, dass ich mich sofort davon angezogen fühlte. Umgekehrt war das wahrscheinlich genauso. Vier Stunden später, in einem leicht surrealen, postmodernen Moment, kam die gesamte Abordnung des Parlaments von Ecuador zu mir und wollte sich mit mir zusammen für einen Post auf Instagram fotografieren lassen.⁷

Die britische Regierung war zutiefst unglücklich mit ihren lästigen Beratern. Die Kommission selbst wurde ein frühes Opfer des Wachstumsstrebens. Lob von offizieller Seite gab es nicht; stattdessen hatte sich aber ein geradezu unstillbarer Wunsch ganz normaler Menschen offenbart, auf der ganzen Welt und in fast allen Schichten, den höchst gefährlichen Mythos genauer unter die Lupe zu nehmen, auf dem die moderne Gesellschaft beruht: dass nämlich eine Ausdehnung der menschlichen Aktivitäten auf dem Planeten Erde bis ins Unendliche möglich sei. Viele merkten, wie hanebüchen diese bequeme Geschichte war.

Irgendwann gab ich auf, die Intensität dieser Debatten oder die ganz unerwartete Reaktion auf das Buch berechnen oder erklären zu wollen. Allmählich wurde mir klar, dass es sich hier ganz einfach um eine Diskussion handelte, deren Zeit gekommen war. Oder genauer gesagt: deren Zeit wiedergekommen war.

Bei einem Treffen am ungarischen Plattensee richtete ein bärtiger Amerikaner eine Kamera auf mein Gesicht und ich hörte den Auslöser klicken. Das ist für unser Schwarzes Brett, sagte er. Er stellte sich als Dennis Meadows vor, Mit-Autor des einflussreichen Berichts *Grenzen des Wachstums* an den *Club of Rome*, der vor fast vierzig Jahren veröffentlicht worden war. Am nächsten Tag schenkte er mir eine signierte Erstausgabe des Buches, mit der Bemerkung, das sei das letzte Exemplar, das er noch hatte.

Die Veteranen jener frühen Debatten waren überglücklich, dass sich endlich eine Regierungskommission der Fragen angenommen hatte, die sie ihr ganzes Leben lang gestellt hatten. Es war aber keineswegs eine Debatte aus alten Zeiten. In Vortragssälen überall in Europa versammelten sich Jung und Alt zu Hunderten, begierig, sich mit einem offiziellen Bericht zu befassen, der es gewagt hatte, das Unsagbare auszusprechen. Ich fühlte mich etwas beschämt und oft auch irgendwie überwältigt.

Besonders bewegend waren die Studierenden der Wirtschaftswissenschaft, von denen viele geduldig auf den Stufen des Hörsaals saßen, manchmal sogar hinter mir auf dem Podium, und auf die Chance warteten, sich an der Debatte zu beteiligen. Danach sprachen sie mich dann auf den Fluren an.

»Wie kommen wir denn an so eine Wirtschaftswissenschaft?«, fragten sie. »Wir studieren jetzt schon fast drei Jahre, und noch nie sind diese Themen in unseren Kursen behandelt worden.« Ich verwies sie dann auf die Klassiker: Hermann Dalys *Steady State Economics*, Fred Hirschs *Social Limits to Growth* und den ursprünglichen Bericht *Grenzen des Wachstums*. Alles Texte, die ihnen ihre Professoren längst hätten vorstellen müssen.

Manche Studenten legten die Thesen gleich ihren Dozenten vor. Darin lag eine Logik, aber auch eine gewisse Ironie. Denn wenn es ir-

gendetwas gibt, von dem ein Wirtschaftsprofessor etwas verstehen sollte, dann ist es das Gesetz von Angebot und Nachfrage; und wenn diese jungen Leute nun anfangen, eine andere Wirtschaftswissenschaft nachzufragen, würden ihre Professoren sie früher oder später auch anbieten müssen.

Meist waren diese Diskussionen rational, intelligent und freundlich. Gelegentlich gab es ein paar Durchgedrehte am Rande. Das gibt es immer, wenn wirklich Redefreiheit herrscht. Und in ganz wenigen Fällen gab es auch einmal Zorn und Wut. Die Stimmen der Entrechteten und Enteigneten melden sich selten ohne eine Spur von Groll.

Ehrlich gesagt konnte einem dieser Groll auch manchmal Angst machen. Die Bedrohung war da zum Beispiel in den Straßen von Kopenhagen zu spüren. Es war der Tag einer riesigen öffentlichen Demonstration für »Klimagerechtigkeit«. Zornige junge Aktivisten, in Schwarz gekleidet, traten den Polizeiketten entgegen, offensichtlich darauf aus, dass sich der zerbrechliche Morgen in sinnloser Gewalt auflöste.

Fünf Jahre später wurde ich in Chile, wo ich eingeladen war, auf einer Konferenz zum Thema Nachhaltigkeit in Unternehmen zu sprechen, von unzufriedenen Jugendlichen mit vorgehaltenem Messer ausgeraubt; diese Jugendlichen hatten offensichtlich nicht das Gefühl, Chiles aufblühende Wirtschaft wirke sich irgendwie auf die Verbesserung ihrer Lebensumstände aus, und flüchteten sich deshalb in die Gewalt.

In Griechenland, auf dem Höhepunkt der Austeritätspolitik, nahm ich an einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung teil, bei der der Saal voll mit wütenden Männern und Frauen war, die sich lautstark gegen »sittenwidrige Schulden« wehrten und für »Schuldenerlass oder Forderungsverzicht« kämpften, für Aufschub egal welcher Art, damit Griechenland sich wieder von den Knien erheben konnte.⁸

Für mich ist das genau der Grund, warum die Wachstumsdebatte so wichtig ist. Kritische Diskussionen von der Tagesordnung zu verbannen und den Status quo festzuklopfen, wird die bevorstehenden ökologischen, sozialen und finanziellen Herausforderungen nicht lösen. Viel eher führt es zu Zwietracht, Wut und am Ende Gewalt.

Als ich Griechenland besuchte, war Austerität zum hässlichen Schlagwort für das massive Anziehen der Fiskalpolitik im Nachklang der Finanzkrise überall in Europa geworden. Geschäfte waren geschlossen, Schaufenster mit Brettern vernagelt; Abfälle, zerrissene Pappkartons, weggeworfenes Bettzeug der Obdachlosen und wütende politische Slogans verschandelten die Straßen in Europas Hauptstädten.

Am vorletzten Tag meiner Griechenlandreise ging ich vom Hotel in den Hafen von Piräus hinunter und nahm die Fähre nach Hydra; die Insel hatte ich als Student vor vielen Jahren einmal kurz besucht. Als wir in den weitgeschwungenen Bogen einfuhren, den der natürliche Hafen bildet, schien es einen Augenblick so, als hätte sich eigentlich gar nichts geändert.

Die weißen Häuser schmiegt sich wie eh und je an die ausgedörrten Abhänge der Hügel, die Boote mit ihren leuchtenden Farben tanzten wie immer auf dem funkelnden Wasser. Am Kai mischten sich Touristen mit Einheimischen, als die Fähre ihre Passagiere an Land absetzte. Eine schmale ältere Frau bot auf einem Pappschild Übernachtungsgelegenheiten an. Alles machte einen recht vertrauten Eindruck.

Bei näherem Hinsehen waren aber doch Unterschiede auszumachen. Im Yachthafen gab es mehr (und größere) Schiffe als in meiner Erinnerung; und wenn man die Klientel in den Cafés an der Hafemole genauer betrachtete, dann war das Handy allgegenwärtig. Dennoch blieb der Kontrast zwischen dem wütenden Chaos von Athen und der surrealen Schönheit der Insel bestehen.

Von einem Aussichtspunkt hoch über dem Hafen schaute ich über die Terrakottadächer hinaus auf das azurblaue Leuchten der Ägäis und genoss die Wärme der Novembersonne auf meinem Rücken. Für einen Augenblick fühlte sich das wie Wohlstand an.

Das Gefühl war aber so flüchtig wie die Winterwärme. Die Suche nach realen Utopien endet immer wieder in Sackgassen, und so war das hier auch. Als Ikone griechischer Schönheit besitzt Hydra nach wie vor eine gewisse poetische Anziehungskraft. Als Modell für Wohlstand allerdings ist sie ganz und gar nicht geeignet.

Die kahlen Hügel, die sich über dem Hafen von Hydra erheben, waren einst mit üppiger grüner Vegetation überzogen, dank der natürlichen Wasserquellen, die der Insel ihren Namen gaben. Der Reichtum, der aus ihrer Stellung als maritimer Hochburg quellte, trocknete nun genauso aus wie die Hügel.

Selbst die Kontinuität, die ich am Anfang wahrzunehmen glaubte, gab es nicht wirklich. Die Bevölkerung von Hydra hatte um fast ein Drittel abgenommen, seit ich das letzte Mal hier gewesen war, und dass die Insel noch nicht gänzlich exklusiver Spielplatz für die Reichen geworden ist, war im Wesentlichen der heruntergekommenen Fähre zu verdanken, die mich in etwa einer Stunde über das kalte mondbeschienene Meer zurück nach Athen bringen würde.⁹

Die Vergangenheit ist ein anderes Land. Dort macht man alles anders. Die Zuversicht, mit der die Führer der Welt glaubten, es sei möglich, das Wachstum wieder anzukurbeln; die Überzeugung, Business-as-usual warte gleich hinter der nächsten Ecke, um sofort zurückzukehren; selbst der rechtschaffene Zorn, der mir damals in jener regnerischen Märznacht aus dem Telefon entgegenschallte – all das hat jetzt etwas Seltsames an sich, wie aus einer anderen Welt.

Inzwischen ist sehr viel deutlicher geworden, in welchem Ausmaß unsere Volkswirtschaften aus dem Gleichgewicht geraten sind. Wie hoch verschuldet, wie abhängig von verkrachten Träumen. Wie völlig konträr zu der empfindlichen Ökologie des Planeten. Wie tief in Ungleichheit versunken. Und wie zerstörerisch die politischen und sozialen Konsequenzen dieser Ungleichheit sein konnten. In meinem eigenen Land stand Brexit nun für den Angstschrei derer, die vom System abgehängt wurden.

Es ist ja nicht so, dass man nicht versucht hätte, die Dinge in Ordnung zu bringen. Zuerst durch Finanzspritzen und Rettungsaktionen. Dann durch Austeritäts- und Geldpolitik. Dass man aber die Architekten des Chaos belohnte, während man den Ärmsten und Schutzlosesten die sozialen Investitionen entzog, hat die Probleme

nur verschärft. Wo wir uns neuen Wohlstand erhofften, fanden wir steigende Unsicherheit, immer höhere Verschuldung und wachsende Ungleichheit.

Nicht alle diese Bemühungen dienten nur der Aufrechterhaltung des Status quo. Manche wiesen die Welt auch in eine bessere Richtung. Seit der Krise wurden Investitionen in erneuerbare Energie weltweit um 60 Prozent erhöht und innerhalb der letzten zehn Jahre verdreifacht. Ein ganzer neuer Katalog von Zielen nachhaltiger Entwicklung wurde ausgehandelt, um den Fortschritt auf dem Weg in eine bessere Welt messen zu können. Und entgegen aller Erwartungen hat der Pariser Klimagipfel im Dezember 2015 die politische Entschlossenheit verstärkt, das Thema Klimawandel nun endlich anzupacken.¹⁰

Einiges davon gibt Grund zur Hoffnung, anderes aber auch Anlass zu noch tieferen Ängsten. Einerseits sind unsere Diskussionen über den Fortschritt viel offener und nachdenklicher geworden, als wir uns das noch vor sieben Jahren hätten träumen lassen. Andererseits sind die Spannungen überall in der Gesellschaft viel stärker spürbar geworden. Manchmal hat man das Gefühl, gleich um die Ecke lauere eine neue Barbarei, die bereits am Kern der Gesellschaft nagt und die Humanität bedroht.

Was kann *Prosperity without Growth* den Menschen überhaupt noch sagen in dieser veränderten und unsicherer gewordenen Welt? Haben die Forderungen des Buches noch etwas mit der Politik von heute zu tun? Sind seine Rezepte und Anregungen noch relevant? Oder war der Regierungsbericht, der seinen Geldgebern so viel Sorgen bereitete, nichts als eine kleine Laune des Zeitgeists, eine vorübergehende Kuriosität eines nun in weite Ferne entschwebten Landes?

Das waren die Fragen, die ich mir stellte, als ich den Plan einer revidierten Fassung in Erwägung zog. Zunächst ging ich davon aus, das Buch könne mehr oder weniger so bleiben, wie es war – einige Grafiken auf den neuesten Stand bringen, ein paar Literaturhinweise ergänzen, den Rest aber mehr oder weniger beibehalten. Schließlich hatte ich die Argumentation unzählige Male vorgetragen und tue das immer noch. Ich kannte sie in- und auswendig.

Aber ich hatte mich geirrt. Als ich den alten Text noch einmal las, merkte ich, wie viel sich geändert hatte. Das Gefühl, ich hätte in den Jahren dazwischen immer wieder die gleichen Argumente präsentiert, entsprach nicht ganz den Tatsachen. Im Lauf der Zeit hatte ich sie angepasst. Die Sache selbst hatte sich entwickelt und verändert. Ich hatte mich verändert. Die Welt hatte sich verändert. Eine einfache Bearbeitung mit nur leichten Korrekturen würde dieser neuen Situation nicht gerecht werden. Und so kam es, dass ich an immer mehr Stellen den Text neu zu schreiben begann.

Ganz klar verändert hatte sich zum Beispiel der geografische Rahmen. Den ursprünglichen Bericht hatte ich für die britische Regierung erstellt. Mit einer breiten internationalen Leserschaft hatte ich gar nicht gerechnet. Diesmal hatte ich beim Schreiben diese Leserschaft im Blick. Was die Schlussfolgerungen betrifft, so beziehen sie sich nach wie vor hauptsächlich auf die fortgeschrittenen Volkswirtschaften des Westens. Die Analysen jedoch und die Beispiele sind jetzt eher international gehalten.

Das erste Kapitel habe ich umgeschrieben, weil ich das Gefühl hatte, zur Frage der Grenzen seien tiefergehende Argumente erforderlich. Zu oft hatte ich mit Menschen diskutiert, die der Meinung waren, ich hätte mich über die Bedeutung von Grenzen zu leicht hinweggesetzt, oder mit solchen, die das Konzept der Grenzen grundsätzlich ablehnten. Ich wollte mich klarer dazu äußern, wo wir Grenzen ernst nehmen sollten und wo unsere Möglichkeiten liegen, sie zu umgehen.

Ich fand, dass ich Kapitel 2, das Kapitel über die Finanzkrise, fast komplett neu schreiben musste. Zu viel war in der Zwischenzeit passiert. Seltsamerweise hat meine ursprüngliche Schlussfolgerung – dass nämlich die eigentliche Ursache der Krise im Streben nach Wachstum selbst lag – die Zeit überdauert. Die Belege dafür sind allerdings nun noch schlagkräftiger als vor sieben Jahren. Und die Auswirkungen sind gewaltiger als je zuvor.

Manches hat sich auch nicht geändert. Allmählich wurde mir klar, dass es in fast jedem Gespräch, das ich in den Jahren dazwischen geführt hatte, um immer das gleiche beständige Element des Buches

ging: das, was ich das »Wachstumsdilemma« genannt hatte. Es mag ja sein, dass wirtschaftliches Wachstum nicht nachhaltig ist; aber ist es denn nicht glasklar, dass das Gegenteil oder das Fehlen von Wachstum genauso wenig wünschenswert ist?

War das nicht genau die Geschichte bei der Veröffentlichung? Bei der Geschichte über die Krise? Über die tiefsitzende Angst der Politiker? Das Gefühl der Bedrohung in den Straßen von Kopenhagen? Meine Erfahrung in Chile? Die Wut in Griechenland? Eine Wut, die sich seit meinem kurzen Besuch dort noch verschärfen sollte. Weder ich als Person noch die Griechen selbst konnten damals vorhersehen, dass noch Schlimmeres in petto war.

Der Yachthafen von Hydra sollte sehr bald Teil des mit der Troika vereinbarten Notverkaufs von 50 Milliarden Euro werden, der Bedingung für die dritte Rettungsaktion war, zusammen mit dem griechischen Postwesen und dem Netzwerk von Thermalquellen. Wenn so die Strafe für ein Land aussah, dem es nicht gelungen war, zu wachsen, wie konnte dann noch irgendjemand daran zweifeln, dass Wachstum eine dringende und reale Notwendigkeit war?¹¹

In Wirklichkeit lag die Ursache für das unglückliche Schicksal Griechenlands natürlich in einer Reihe erheblich komplexerer Umstände begründet, wozu nicht zuletzt ein Geflecht aus Geldpolitik und Schulden gehörte, das systematisch eine Minderheit belohnt und die Mehrheit bestraft hat. Hier zeigte sich – wieder einmal – das Dilemma derer, die in diesem Netz gefangen sind: Die Beute geht an den Gläubiger und die Letzten beißen die Hunde.

Auf dem ganzen Weg oder auch in den unzähligen Diskussionen, an denen ich teilgenommen habe, ist mir nichts untergekommen, was die Wirkkraft dieses Dilemmas geschwächt oder seine Bedeutung für unsere gemeinsame Zukunft verringert hätte. Ganz im Gegenteil, die unterschiedlichen Bedingungen, unter denen ich die Wirkung des Dilemmas beobachten konnte, haben seine Bedeutung in meinen Augen noch verstärkt. Es bleibt Fundament der Untersuchung auch in dieser zweiten Auflage.

Dagegen habe ich das Thema Entkopplung in Kapitel 5 komplett neu aufgearbeitet. Schon allein dort, wo sich die Wissenschaft

einig ist, hat sich viel entwickelt. Ich brauchte fast einen Monat, um die Daten auf den jüngsten Stand zu bringen und die Berechnungen neu zu erstellen. Das Ergebnis war hochinteressant. Die Logik war ähnlich, aber die Herausforderung ging noch tiefer. Manche hatten ja gedacht, ich hätte das Ausmaß der nötigen Entkopplung zu hoch angesetzt; und nun hatte der wissenschaftliche Fortschritt in der Zwischenzeit ergeben, dass ich eher untertrieben hatte. Grünes Wachstum wird nicht leichter sein, als ich behauptet hatte – es wird schwerer sein, als irgendeiner jemals glauben wollte.

Es geht bei dieser zweiten Auflage aber nicht nur darum, die Größenordnung neu zu kalibrieren und die Aufgabe neu zu stellen. Die Absicht war auch, die Logik neu zu formulieren und die Änderungsvorschläge deutlicher zu machen. Letzteres war immer Ziel des Buches gewesen: nicht nur die Probleme zu diagnostizieren oder die Katastrophe zu beklagen, sondern die Dimensionen einer neuen Wirtschaftswissenschaft abzustecken, die auf einer schlüssigeren Version von Wohlstand basiert. Einige der ursprünglichen Absichten sind in der Zwischenzeit zwangsläufig in Vergessenheit geraten.

Ein Buch wird oft auf seinen Titel reduziert. Jene zwei einfachen Wörter »ohne« und »Wachstum« – so unschuldig sie für sich genommen sind, so niederschmetternd wirken sie zusammen – brachten dem Buch sehr viel Aufmerksamkeit. Sie lenkten aber auch manchmal von seinen Prognosen ab.

Die Vorschläge klarer zu gestalten und zu erweitern, war die wichtigste Veränderung in dieser zweiten Auflage. Dabei hatte ich das Glück, mich ausgiebig auf neue Forschungsergebnisse stützen zu können. Vieles stammt aus meiner eigenen ertragreichen Zusammenarbeit mit anderen, insbesondere mit Peter Victor, und in jüngster Zeit durch das neue Centre for the Understanding of Sustainable Prosperity. Manches stammt auch aus neuen Erkenntnissen im Bereich des Finanzwesens, der Makroökonomie und des Wesens des Geldes selbst.¹²

Mithilfe dieser neuen Einsichten konnte ich etwas deutlicher arbeiten, was ich mittlerweile die *Wirtschaft von morgen* nenne (Kapitel 8): eine klarere und konstruktivere Rolle für die Unternehmen,

Investitionen, für die Arbeit, die Geldversorgung und für den öffentlichen Sektor. Und es ist mir besser als vorher gelungen, die Umrisse einer neuen makroökonomischen Synthese festzuschreiben (Kapitel 9); einer Synthese, die uns über unsere strukturelle Abhängigkeit von ständig steigendem Konsum hinausbringt und nachhaltigeren und gerechteren Wohlstand liefert.

Die Überarbeitungen kosteten mich mehr – viel mehr – Zeit als erwartet, aber das Buch ist dadurch besser geworden. Seine grundlegenden Erkenntnisse sind die gleichen geblieben: Beim guten Leben auf einem endlichen Planeten kann es nicht nur um das Konsumieren von immer mehr Dingen gehen. Und genauso wenig um das Anhäufen von immer mehr Schulden.

Bei Wohlstand, wenn man ihn richtig versteht, geht es um die Qualität unseres Lebens und unserer Beziehungen, um die Widerstandsfähigkeit unserer Gemeinschaften und um unser Gefühl für individuelle und kollektive Sinngebung. Diese überarbeitete Fassung zeigt noch deutlicher, dass die Wirtschaftswissenschaft im Dienste einer solchen Vision eine konkrete, definierbare und sinnvolle Aufgabe darstellt.

Wie sich aus den lateinischen Wurzeln des englischen Wortes *prosperity* ergibt, geht es bei Wohlstand um Hoffnung. Hoffnung für die Zukunft, Hoffnung für unsere Kinder, Hoffnung für uns selbst. Eine Wirtschaftswissenschaft im Dienst der Hoffnung ist eine Aufgabe, für die sich weiterhin zu arbeiten lohnt.

Tim Jackson, im Juni 2016